

16.06.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Landesregierung muss endlich tätig werden - grenzüberschreitende Maßnahmen zwischen NRW und den Niederlanden zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von den vielen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern müssen auf den Weg gebracht werden!

I. Ausgangslage

Es ist bekannt, dass es in nahezu allen Kommunen der deutsch-niederländischen Grenzregion Probleme mit so genannten Leiharbeiterwohnungen gibt. Die Menschen, größtenteils aus Osteuropa, arbeiten in den Niederlanden und wohnen in Deutschland. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus osteuropäischen Staaten wohnen in Häusern, die die Zeitarbeitsfirmen aus den Niederlanden in Deutschland aufkaufen und an ihre Beschäftigten vermieten. Die Zustände und die bisher geübte Praxis der Leiharbeit (vor allem in der Fleischindustrie und in der Landwirtschaft) auf beiden Seiten der Grenze ist nicht nur beschämend und menschenverachtend, sondern bedeutet im Falle von Pandemien auch konkrete Gefahr für die Gesundheit und das Leben von Menschen. Die SPD Landtagsfraktion hatte bereits im in der Plenarsitzung im Mai dieses Jahres mit einem Antrag „Schlachthöfe in NRW werden zu Corona-Brennpunkten – Schluss jetzt mit der Ausbeutung der Beschäftigten in der Fleischindustrie!“ (Drucksache 17/9362) auf die grundsätzliche Problematik der Ausbeutung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern am Beispiel der Zustände in der Fleischindustrie hingewiesen und konkrete Lösungsvorschläge für die Landesregierung unterbreitet. Die Beschäftigten in der Fleischindustrie und in weiteren Branchen leiden seit Jahren unter schlechten Arbeitsbedingungen, schlechter Entlohnung und unter menschenunwürdigen Bedingungen bei ihrer Beherbergung im Kontext ihrer Beschäftigungsverhältnisse. Die Corona-Pandemie wirkt hierbei wie ein „Brennglas“ und offenbart in schonungsloser Manier die Schwächen des Systems. Die steigenden Infektionszahlen unter den Beschäftigten der Fleischindustrie befeuern die zwingende Notwendigkeit der Einleitung von Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Beschäftigung und menschenunwürdiger Beherbergung der Beschäftigten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Pandemie, steigender Fallzahlen bei Neuinfektionen in der Fleischindustrie und der Tatsache, dass viele Beschäftigte aus osteuropäischen Ländern stammen, hat die Problematik im Lichte der Wirklichkeit der Ereignisse in NRW und in den Niederlanden schon längst eine europäische und internationale Dimension erhalten. Das Hauptproblem besteht darin, dass trotz einer europaweiten Einigung auf eine Säule sozialer Rechte und der Schaffung der Europäischen Arbeitsagentur der Zugang zu Daten über Beschäftigungsorte, Wohnorte, Sozialversicherung von Leiharbeitern und Lohnleistung durch die Werkvertragsunternehmen an diese für Behörden beidseitig der Grenze kaum möglich ist. Zudem ist der bestehende Arbeitsschutz personell nicht ausreichend ausgestattet und kann nicht grenzüberschreitend tätig werden. Darüber hinaus gibt es keine grenzüberschreitenden (branchen-)einheitlichen Standards und Kriterien für eine menschenwürdige und angemessene Unterkunft. Die Unterkunftskosten sind von den Leiharbeitern zu tragen, über ihre Höhe entscheiden willkürlich die Werkvertragsunternehmen.

Datum des Originals: 16.06.2020/Ausgegeben: 17.06.2020

Die Landesregierung muss daher die Zusammenarbeit mit der niederländischen Regierung in den Fokus ihrer Politik nehmen, um gemeinsam die Arbeitsbedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu verbessern. Am 01. Juli 2020 übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Präsidentschaft des Europäischen Rats. Vor diesem Hintergrund gewinnen die beschriebenen Missstände an der deutsch-niederländischen Grenze noch einmal an Brisanz. Es liegt im ureigensten Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, die deutsche Ratspräsidentschaft als Chance zur nachhaltigen Beseitigung dieser Missstände zu begreifen und zu nutzen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Zustände und die bisher geübte Praxis der Leiharbeit (vor allem in der Fleischindustrie und in der Landwirtschaft) auf beiden Seiten der Grenze zwischen NRW und den Niederlanden ist nicht nur beschämend und menschenverachtend, sondern bedeutet im Falle von Pandemien auch konkrete Gefahr für die Gesundheit und das Leben von Menschen. Dieses System muss auf Dauer reguliert werden!

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen grenzüberschreitenden Datenaustausch in Form einer Arbeitsgruppe aufzubauen, in dem vor allen Dingen die Meldedaten der Sozialversicherungsträger miteinander vernetzt und für die Behörden zugänglich gemacht werden,
2. dadurch die Transparenz zwischen NRW und den Niederlanden zu erhöhen, indem die Meldedaten zur Sozialversicherung beider Länder ausgetauscht werden. Ebenso erfasst werden sollten die Daten zu Beschäftigungs- und Wohnorten der Leiharbeiter beidseits der Grenzen sowie zu den Lohnleistungen der Werkvertragsunternehmen. Dies trägt dazu bei, bestehende Hindernisse im Gesundheits- und Arbeitsschutz abzubauen. Bestehende Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz dürfen nicht dadurch unterwandert werden, dass zweifelhafte Arbeitgeber bzw. Werkvertragsunternehmen bestehende Informationsdefizite zwischen deutschen und niederländischen Behörden für fragwürdiges unternehmerisches Handeln nutzen können,
3. eine grenzüberschreitende Arbeitsschutzgruppe einzurichten, die sowohl auf der niederländischen, als auch auf deutscher Seite schnell und unbürokratisch Kontrollen durchführen kann. Dies zumal, da grenzüberschreitend bereits die Generalzolldirektion sowie die Finanzkontrolle Schwarzarbeit und ihre Partnerbehörden in den Niederlanden im ständigen Austausch über Erkenntnisse zu Erscheinungsformen der Schwarzarbeit stehen,
4. die Landesmittel für die Arbeitsschutzverwaltung in Nordrhein-Westfalen weiter aufzustocken, um den Arbeitsschutz zu stärken,
5. zudem im Lichte der anstehenden Maßnahmen der Bundesregierung darauf zu achten, dass eine Koppelung des Mietvertrages an den Arbeitsvertrag verboten wird,
6. sich auf allen Kanälen dafür einzusetzen, dass der Schutz sozialer Standards von grenzüberschreitend tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft darstellt,
7. und in diesem Zusammenhang mit konkreten Impulsen und Maßnahmen auf Bundesebene die auf Landesebene geforderten Maßnahmen zu begleiten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann

und Fraktion